

# Amer Tageblatt

Veröffentlichung nach dem Ansehen  
und der Zweckmäßigkeit der Redaktion  
eingetragen. — Inhaltlich verantwortlich:  
Hans-Joachim Ruppel, Nr. 22.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich für den Inhalt:  
Hans-Joachim Ruppel, Nr. 22.

Leitung: Hans-Joachim Ruppel, Nr. 22. Entfaltung der amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 20

Sonntag, den 24. Januar 1932

27. Jahrgang

# Frankreich bleibt hartnäckig

## Neue Rede Lavals vor der Kammer

Paris, 22. Januar. Der dritte Tag der Interpellationsdebatte über die allgemeine und auswärtige Politik der Regierung begann mit der Rede des Radikalen Bergery, der bekanntlich Führer der Reparationskommission angehört. Er ging von der Erklärung aus, daß zwischen den Kriegsschulden und den Reparationen nur eine einseitige Bindung bestehe, die allein Deutschland günstig sei. Ein Plan könne nur lebensfähig sein, wenn man den wirtschaftlichen und psychologischen Realitäten Rechnung trage. Welches seien die Realitäten von heute? Hinfertigkeit in Deutschland! Die Erklärung Brüning's sei schon Hinfertigkeit. Was habe die Hitler-Bewegung in Deutschland möglich gemacht? Die Wirtschaftskrise, die durch eine schrankenlose Demagogie ausgelöst wurde. Aber welche Politik sei es gewesen, die diese Ausbreitung ermöglichte? Doch nur die Politik der Willkür leitend. „Lokale Ausföhrung der Verträge“, das habe damals bedeutet, daß man sich 132 Milliarden Goldmark von Deutschland beschaffen lassen wollte. Das sei eine unmögliche Voraussetzung — und gleichzeitig wolle man von Deutschland die einseitige Abfertigung verlangen. Diese doppelte Konsequenz lehne Deutschland ab. Würde Frankreich unter den gleichen Verhältnissen nicht dasselbe tun? Der Reparationsgrundlag müsse aufrecht erhalten werden, aber man müsse auch bedenken, daß man jetzt 15 Jahre der Irrtümer hinter sich habe. Wenn man wolle, daß eine Schuld bezahlt werde, müsse man mit vernünftigen Ziffern kommen, und man müsse auch über Zwangsmittel verfügen, wovon heute keine Rede mehr sein könne. Während 15 Jahren sei eben die geforderte Reparationszahlung zu hoch gewesen, so daß man sie in der ganzen Welt für unentrichtbar erklärte. Wenn man jetzt ein nachteiliges Opfer bringe, würde es nicht eher die Operation einer Hoffnung denn als Opferung eines Rechtes gelten? Die Schuld zu freilegen, dürfte wirkungslos sein, wenn nicht gleichzeitig der Friede gesichert sei. Nach Bergery sprach der der Marin-Gruppe angehörende Abgeordnete Soulier.

Der Abgeordnete Soulier schloß sich den getriggen Ausführungen Bergerys über die Reparationsfrage zeitlos an, forderte die Entente mit England und verlangte angesichts der „geheimen Ränkungen“ Deutschlands ein energisches Auftreten der französischen Delegation in Genf.

### Ministerpräsident Laval

von Wort. Er begann mit einem Hinweis auf Briand's Aussprüche und bedauerte, daß Briand durch seinen Gesundheitszustand verhindert werde, länger die Leitung der auswärtigen Politik zu beibehalten. Briand geniesse im Ausland großes Ansehen als Initiator der Locarno-Abkommen und als Initiator des Völkerverbundes habe er, ohne Frankreichs Sicherheit irgendwie zu gefährden, sich bemüht, den Krieg mit einem Reg von Friedensverträgen zu umgeben. Als Schüler Briand's und seines Schülers seiner Friedenspolitik werde er selbst sich bemühen, sie fortzusetzen (Beifall rechts, in der Mitte und links). Der Friede sei nicht das Monopol einer Partei, und er werde nicht eine Kampagne gestalten, die zu Unzulänglichkeiten verleiten sollte, Frankreich so hinzustellen, als ob es auf die Politik der europäischen Union verzichte. Laval ging dann zum Reparationsproblem über. Er schätzte den Charakter des Young-Planes, der eine definitive Regelung darstelle, die die Klärung des linken Meiner's 5 Jahre vor der festgesetzten Frist mit sich gebracht habe. Er erinnerte daran, unter welchen Bedingungen Präsident Hoover das Rotatorium vorschlug und schätzte die an dieses Rotatorium anschließenden diplomatischen Verhandlungen, um schließlich zu der Erklärung überzugehen, die Reichstangler Brüning Anfang Januar dem französischen Botschafter in Bezug auf die Lausanne-Konferenz gegeben habe.

Am 8. Januar habe der Reichstangler dem französischen Botschafter eine Erklärung abgegeben, daß Deutschland materielle nicht in der Lage sei, seine Zahlungen fortzusetzen und auch nicht wisse, ob es sie wieder würde aufnehmen können. Du Brüning habe aber lediglich darum ersucht, daß die Regierungen in Lausanne von dieser Erklärung Kenntnis nähmen. Einige Stunden später hätten infolge einer Indiskretion die Wörtchen eine neue Erklärung des Reichstanglers an den englischen Botschafter veröffentlicht, nach der weder jetzt noch in Zukunft Deutschland mehr zahlen könne. Das französische Finanzministerium habe mit Recht im Namen Frankreichs dagegen protestiert (Beifall). Der Kammer habe diese Erklärung am 14. Januar dem französischen Botschafter bekanntigt, der von dem juristischen Standpunkt den Young-Plan nicht verweigere, ihn aber als unannehmbar für die Zukunft bezeichnete. Die französische Regierung müsse, noch ehe das Parlament es tue, dagegen protestieren (Beifall). Derriot sei zu keinen getriggen Ausführungen zu beglückwünschen. Die französische Regierung werde seinen der ihr von ihren Vorgängern hinterlassenen Verträge verfahren lassen (Beifall). Die Sachverständigen hätten die Notwendigkeit eines Rotatoriums anerkannt, aber diese hätte hinsichtlich der Zukunft gemacht, denn Deutschland verfolge über einen gewaltigen gut ausgestatteten Wirtschaftsorganismus. Die Sachverständigen hätten gesagt, daß es ebenso unangebracht sein würde, eine Periode großer Prosperität oder eine Periode der Depression als Grundlage für die Herstellung des Lage eines Landes anzunehmen zu wollen. Frankreich werde eine Revision der Reparationszahlungen nur in dem Maße annehmen, in dem die Zahlungen auch an den

Kriegsschulden bewilligt würden (Beifall). Laval erinnerte dann an die Stellungnahme Frankreichs zur Frage der ungeklärten Annuitäten und unterstrich, daß die auf Grund des Young-Planes eingegangenen Verpflichtungen definitiven Charakter trügen. Man könne an diesen Verpflichtungen nichts ändern. Man könne die Lasten höchstens durch Annuitäten erleichtern. Frankreich habe vielfach Geheiß der Annäherung gemacht und seinen guten Willen, die europäische Union zu erleichtern, bezeugt. Aber Frankreich könne nicht zulassen, daß lediglich der gute Willen Deutschlands die Lösung bittiere. Eine derartige Haltung würde im Gegenteil das Gefühl nationaler Würde vermissen lassen (Beifall). Die Moral dürfe nicht aus der internationalen Konferenz verbannt werden. Die gleichen Regeln der Ehrbarkeit, die für die Beziehungen im Privatleben gelten, müßten auch für die internationalen Beziehungen maßgebend sein. Der Ministerpräsident wies dann darauf hin, daß die leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs noch nicht im Hinblick auf eine baldige Konferenz hätten Fühlung nehmen können. Das werde aber bald geschehen. Dierauf ging Laval zum Abfertigungsproblem über. Frankreich werde keine schon immer eingenommene Haltung aufrecht erhalten und sich auf keine Improvisierung, die seine Sicherheit gefährde, einlassen (Beifall). Seit 10 Jahren sei Frankreich mit gutem Beispiel vorangegangen, indem es seinen großen Bestand und seine Ränkungen herabgesetzt habe. Es werde sich damit nicht begnügen, es werde positive Vorschläge machen und im Hinblick auf die Vermittlung der politischen Bedingungen sofortige gegenseitige Hilfsleistungspläne unterbreiten. Die technische Seite der Ränkungsüberabfertigung werde sodann leicht werden. Zum Schluß ging er auf die Neubildung seines Kabinetts ein. Nach Maginot's Tod und Briand's Krankheit habe er im Interesse des Landes seine Regierungsbasis erweitern wollen und sich Perriot gegenüber sogar bereit erklärt, jemand anders die Regierungsbildung zu überlassen, falls seine Person ein Hindernis für die Schaffung einer breiten Einheitsfront sein sollte. Trotzdem Perriot aus innerpolitischen Gründen es ihm unmöglich gemacht habe, eine andersgeartete Regierung zu bilden, richte er dennoch angesichts der Schwierigkeiten, denen Frankreich gegenüberstehe, den dringenden Appell an das Parlament, die innerpolitischen Streitigkeiten ruhen zu lassen und sich im Interesse Frankreichs und des Friedens um die Regierung zu scharen. Laval wurde, als er die Rede beendete, von den Abgeordneten der Regierungsmehrheit lebend eine Huldigung dargebracht.

Nach Laval sprach der Abgeordnete Degues, der als ehemaliger Marineminister sich vor allem mit der Flottenabfertigung beschäftigte. Ihm folgte der Abgeordnete Franklin Bouillon, der von vornherein erklärte, der Regierung nicht das Vertrauen auszusprechen zu können, da deren Erfolg nur Negationen enthalte.

Darauf wurden die verschiedenen Tagesordnungen verlesen. Es wurde dann über die Priorität einer Tagesordnung Perriot abgestimmt, gegen die Laval die Vertrauensfrage gestellt hat.

### Der Eindruck der Rede Lavals

Berlin, 22. Januar. Der erste Eindruck der heutigen zweiten Rede des französischen Ministerpräsidenten in Berliner politischen Kreisen läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie ebensolowenig wie die erste Rede Lavals einen sachlichen Fortschritt auf dem Wege zu der von allen Mächten außer Frankreich anerkannten unumgänglichen notwendigen sofortigen Lösung des Reparationsproblems bringt. Die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten wiederholen in überstrophiger Form noch einmal die hinsichtlich bekannter französische Thesen. Laval hat sich nun in seinen heutigen Ausführungen auf den Boden des Botschafter-Berichts gestellt, aus dem er den Verlust von der Möglichkeit einer späteren Zahlungsfähigkeit Deutschlands ableitet. Aber es untersteht dabei dieser beliebigen Wendung in den Darlegungen der Finanzkommissionen eine Bedeutung, die die Verfasser des Botschafter-Berichts nicht im Auge gehabt haben. Denn diese haben lediglich als Wissenschaftler keinerlei Möglichkeiten, die vielleicht einmal eintreten könnten, außer Acht lassen wollen. Aber sie haben dabei keinerlei Bemerkungen für die gegenwärtige Entscheidung über das Reparationsproblem einhalten wollen. Wie sehr Lavals seiner Formalismus in seiner heutigen Rede, die sehr stark an frühere Reden Volcaires erinnerte, im Gegensatz steht zu dem Botschafter-Bericht, ergibt sich im Besonderen dann, wenn man sich an die Sachverhalte der Botschafter-Sachverständigen erinnert. In diesen werden von dem deutschen Problem, das in welchem Maße die Ursache für die fortschreitende finanzielle Klärung der Welt ist, gesagt, daß es weitestgehende Bedeutung habe. Und weiter wird von dem Botschafter-Sachverständigen in Erinnerung an den ersten Botschafter-Bericht vom August 1931 noch einmal auf die Notwendigkeit eines sofortigen Handelns der Regierungen hingewiesen, auf denen die Verantwortung ruht, um eine Besserung der Krise herbeizuführen, die gleichermäßen auf allen lastet.

### Die Berliner Presse zur Laval-Rede

Berlin, 22. Januar. Die getrigge Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval findet in der Berliner Presse fast durchweg eine sehr kritische und ablehnende Beurteilung. In den Annahmen aller Witterungen kommt es mehr oder weniger überein, daß man sich dem

Rede geeignet sei, die gegenwärtige Krise zu überwinden. — Die „Germania“ sieht in der Rede nur eine Verhinderung der Tatsache, daß Frankreich jede Zahlungsmöglichkeit eriglitet sei und daß es mit dem Gleichgewicht unerwarteter Verträge im Troß der Kräftekräfte einhermarschiere. Man könne sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Aufrechterhaltung des Young-Planes von Laval als eine innen- und außenpolitische Prestigefrage betrachtet werde. — Die „Voss. Zig.“ sagt, wie schwer der Weg zueinander zu finden und wie langsam zu durchmessen sei, das zeige Lavals Rede. Aus der Gegensätzlichkeit der Thesen ergebe sich, daß im Augenblick von einer internationalen Konferenz eine Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten noch nicht zu erwarten wäre. Mehr als eine Zusammenkunft werde dazu nötig sein. — Das „Berliner Tageblatt“ betont, es müsse Herrn Laval noch einmal mit Nachdruck versichert werden, daß nicht ein böser Wille auf deutscher Seite triebkräftig sei, sondern das einfache Nichtvermögen. Dieser Tatsache werde sich auf die Dauer auch die französische Regierung nicht verschließen können. — Der „Vorwärts“ bezeichnet die Rede als eine glänzende Bekräftigung des Vorwurfs des Abgeordneten Hoegert, daß die gegenwärtige französische Regierung eine rein negative Politik betreibe. — Die „D. A. Z.“ sagt, die „zweite“ Kammerrede Lavals enthalte die gleichen Grundzüge, die vor ihm schon unzählige Ministerpräsidenten entwickelt hätten. — Die „Börse“ spricht von dem Festhalten des Laval Deutschland gegenüber. Frankreich hätte alle Verhandlungen mit Deutschland für überflüssig und werde bereits offene Bundesgenossen für seine Sanktionspläne. — Der „Tag“ sieht ebenfalls in der Rede ein Zeugnis dafür, daß Paris keinesfalls gewillt sei, vom Geiß von 1919 abzugehen und dabei mitzuwirken, daß die in den Pariser Diktaten geschaffene Zerstückelung Europas in „Slopes“ und „Belegte“ beibehalten werde. Durch Wiederbelebung des Genfer Protokolls wolle Frankreich zum Genarmen Europas werden; durch internationale Zustimmung wolle es in der Lage sein, zugleich Richter, Richter und Gerichtsvoßzieher zu spielen.

### Die Kammer spricht Laval das Vertrauen aus

Paris, 22. Jan. Die Vertrauensfrageordnung Simon, für die Laval die Vertrauensfrage stellt, ist von der Kammer mit 312 gegen 261 Stimmen angenommen worden.

### Lavals Sieg in der Kammer

Paris, 22. Jan. Die Interpellationsdebatte in der Kammer hat mit dem Siege des zweiten Kabinetts Laval geendet. Die Mehrheit für die Regierung beträgt 51 Stimmen. Der Verlauf der Debatte hat keinerlei Übererraschungen gebracht, auch die Rede Lavals nicht. Sie bewegte sich auf der Linie der November-Erklärung des Ministerpräsidenten. Bezeichnend ist, daß Laval mit keinem Wort die Antwort der Regierung von Washington auf seine Anfrage, wie sich die amerikanische Regierung zu einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums stelle, erwähnt hat. Der französische Ministerpräsident hat sich also außer der allgemeinen Formel, die man seit November kennt, in Bezug auf die Möglichkeit von Kompromissen, wenn auch nur vorübergehender Art, nicht festgelegt. Konstruktives wurde nicht einmal angedeutet. Zur Abrüstungsfrage waren die Erklärungen Lavals außerordentlich knapp. Jedoch hat er darauf hingewiesen, daß auf der Genfer Konferenz von Frankreich Vorschläge zu erwarten seien, über deren Inhalt er sich nicht weiter ausgelassen hat, es sei denn, daß man seinen Hinweis auf die politischen Bedingungen für eine sofortige gegenseitige Hilfeleistung als solche aufsaßt. Man muß unterstreichen, daß im Gegensatz zu früheren Aussprüchen über internationale Verhandlungen der Ministerpräsident sich diesmal kein imperatives, eng umrissenes Mandat hat geben lassen. Somit besitzt er für das, was sich in den nächsten Wochen ereignet, eine gewisse Handlungsfreiheit, wie er sie vor der Konferenz von London und vor den Besprechungen in Washington nicht hatte.

### Bemühungen um Lausanne

Berlin, 22. Januar. Die diplomatischen Verhandlungen über die Lausanne-Konferenz schreiten, wie sich aus einigen Pariser Pressestimmen ergibt, jetzt noch der vorläufigen Abfertigung zum 26. d. M. auf eine etwas größere Erkenntnis für die Notwendigkeit zu heben, die geplante und durch den Sachverständigenbericht geforderte Konferenz mit möglicher Beschleunigung abzuhalten. Nachdem der Termin für eine Verhandlung wenigstens der grundsätzlichen Fragen vor Beginn der Abrüstungskonferenz vertrieben ist und die ersten beiden Wochen in Genf einem Aufmarsch der verschiedenen Gruppen für die Abrüstung gewidmet werden müssen, dürfte man eine Terminierung für Lausanne am oder kurz nach Mitte Februar ins Auge fassen; und in dieser Richtung gehen auch die jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen in den verschiedenen europäischen Hauptstädten.